

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von 1/2 12 - 1/2 1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter“
jeden Werktag nachmittags.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postfachkonto Leipzig Nr. 87578.

Nr. 173

Halle, Montag, den 26. Juli 1920

Abonnementpreis: Im achtteil. Abonnement 60 Pfg. (Schl. im Postamt 2.50 Mk., d. B. 2.00 Mk. mehr-öf. Postzuschlag). Einzelhefte 13.50, monatlich 4.50 Mk., vierteljährlich 13.50, halbjährlich 26.50, jährlich 50.00 Mk. (Postzuschlag 2.50).
4. Jahrgang

Der Bergarbeiterstreik vorläufig vermieden!

W. B. Halle, 25. Juli. Das Informationsbüro des Bergarbeiterverbandes Mitteldeutschland teilt uns mit: Heute vormittags fand im St. Nikolaus eine Konferenz der Bergarbeiter statt, die von 40 Vertretern aus ganz Mitteldeutschland, Braunschweig, Bitterfeld, Gasse, Horna, Wittenberg, Meuselwitz, Niederlaufitz, Halle und anderen Orten besucht war. Die Konferenz sollte entscheiden, ob in den Streik getreten werden sollte oder nicht. Vom Hauptort sprach Landtagsabgeordneter Selmannsbohm.

Nach längerer Aussprache wurde folgende Entscheidung mit 430 gegen 7 Stimmen angenommen: Mitteldeutschlands beschloß am 25. Juli folgendes:

„Die Konferenz der Braunkohlen-Belegte Mitteldeutschlands beschloß am 25. Juli folgendes:

1. Es tritt sofort ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums zusammen. Diesem Schiedsgericht werden die Forderungen der Bergarbeiter zur Entscheidung unterbreitet.

2. Nach Fällung des Schiedsspruches findet eine weitere Konferenz statt, um über das Ergebnis zu beraten und den Vorschlag eines Vorschlags zu unterbreiten.

3. Ueber diesen Vorschlag wird dann unter der organisierten Belegschaft geheim abgestimmt werden.“

Damit wäre also der Streik im Mitteldeutschen Braunkohlenrevier vermieden worden. — Dem Reichsarbeitsministerium ist Dr. Thierstein heute morgen zu Verhandlungen in Halle eingetroffen. Aelter Vorschlag nach wird das Schiedsgericht am 28. Juli in Halle zusammengetreten.

Die deutsche Neutralität.

Berlin, 26. Juli. Amtlich. Die Reichsregierung hat unter dem 25. Juli eine Verordnung erlassen, wonach im Hinblick auf die Neutralität Deutschlands im Kriege zwischen Polen und Sowjetrußland die Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition, Pulver und Sprengstoffen verboten wird, soweit diese Gegenstände für die Gebiete eines der beiden kriegführenden Länder bestimmt sind. Die Reichsregierung hat mit dem Erlass dieses Verbots von einer ihr nach anerkannten Völkerrecht zuzurechnenden und durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages unberührt gelassenen Befugnis Gebrauch gemacht. Dadurch ist jeder Möglichkeit vorgebeugt, daß eine kriegführende Partei von der anderen durch Zufuhr von Waffen usw. durch deutsches Gebiet begünstigt wird.

Berlin, 25. Juli. Der erweiterte Vorstand des Eisenbahnerverbandes, der mehr als eine halbe Million Eisenbahnbediente und -arbeiter umfaßt, hat unter Teilnahme von Vertretern der Eisenbahner des ganzen Reiches in seiner heutigen Sitzung folgende Entschließung mit 72 gegen eine Stimme angenommen: Die deutsche Regierung hat für Deutschland die Neutralität gegenüber Polen und Rußland erklärt. Der erweiterte Vor-

stand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hält diese Politik für die für Deutschland einzig richtige und erklärt es für eine unbedingte Notwendigkeit, jede Verletzung der Neutralität durch Transporte von fremden Truppen oder Kriegsmaterial durch deutsches Gebiet mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

Der polnische Heeresbericht.

Kopenhagen, 24. Juli. Nach einem Telegramm aus Warschau befragt der polnische Heeresbericht: Die Polen haben Baranowitz geräumt und kämpfen nun östlich des Schara-Stroßes. Südlich des Pripiet haben die Polen den Feind auf Komostok zurückgeworfen. Mehrere feindliche Angriffe auf die Linie am Star-Fluß wurden abge schlagen. Bei Nowotie gelang es jedoch dem Feinde, an das Dniester zu kommen. In der Gegend von Dubno fiel die bolschewistische Kavallerie den Polen in den Rücken, es kam zu heftigen Kämpfen. Trotzdem starke feindliche Streitkräfte in den Kampf geworfen wurden, wurden fünf hintereinander folgende Angriffe mit schweren Verlusten auf beiden Seiten abge schlagen. Südlich von Dubno hat der Feind den Fluß Brucz über schritten.

Warschau, 24. Juli. Amtlicher Heeresbericht vom 23. Juli. Nach schweren Kämpfen nahmen Abteilungen des Obersten Luczniski die auf dem linken Ufer des Niemen gelegenen Orte von Grodno. Abgangsverluste des Feindes über den Niemen bei Dubno 20 km östlich des Flußes Sufo) wurden berichtet. Starke bolschewistische Angriffe in der Gegend von Mors wurden abgewehrt. Der Feind, der mit bedeutenden Streitkräften die Schara bei Sionin überdrift, setzte seine Angriffe in Richtung Lubartow fort. Seine Fortschritte haben den Feind erreicht, allerdings wurde ein heftiger Kampf. Südlich des Pripiet wurde der Feind im Goczanowitz aus Reschka heraus gedrängt. In der Straßlinie verhält sich der Feind passiv. In der Gegend von Dubno nimmt der Kampf mit bolschewistischer Kavallerie eine günstige Wendung. Aus Glogyn, Rosin und Roder wurde der Feind hinausgedrängt. Die Bolschewisten griffen mit drei Regimentern Kavallerie und Artillerie zwischen Wolosk und Wolowca an. Wir mußten unsere Stellungen aufgeben. Im Goczanowitz wurde der Feind über den Brucz zurückgedrängt und die Lage wieder hergestellt. Gewaltige Angriffe des Feindes bei Sulin wurden abgewehrt. Der Feind konnte das westliche Ufer des Brucz nicht gewinnen. Seiberleits schwere Verluste.

Polnische Wünsche.

Washington, 24. Juli. (Reuters.) Die polnische Regierung hat das Staatsdepartement gebeten, zu erklären, daß Polen in seinem Kampfe gegen die Bolschewisten die moralische Unterstützung der Vereinigten Staaten habe.

Forderungen der Zivilangestellten.

Essen, 24. Juli. Der in Essen abgehaltene Reichsfahrt der Zivilangestellten bei den militärischen Versorgungsämtern beschloß nach dreitägiger Verhandlung, dem Reichsarbeitsministerium eine Reihe von tariflichen Forderungen zu unterbreiten. Falls diese Forderungen bis 5. August nicht reiflos angenommen sind, soll der Generalstreik bei allen Versorgungsämtern des Reiches erklärt werden.

Herrn Darb, unbeschadet der Wahrung der Formen der internationalen Höflichkeit, eine förmliche und feierliche Reichsübernahme auf Grund des Artikels 78 der Reichsverfassung abgeben hat. Wir bedauern ferner, daß angesichts des ungebürdlichen Vorgehens der französischen Regierung der Ministerpräsident nicht sofort durch eine entliche Erklärung die Neutralität im Falle zertreut hat. Wir erklären auch bei dieser Gelegenheit, daß alle Verträge, die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Republik und des deutschen Volkes zu unterwühlen und zu zermürben, den geschlossenen Widerstand der Sozialdemokratie und der Arbeiterchaft finden werden. Von der bayerischen Regierung erwarten wir, daß sie die Reichsregierung erucht, durch geeignete Schritte beim obersten Rat der Entente für die Abberufung des französischen Gesandten in München zu wirken.

Die verlangte Entschonung.

Berlin, 24. Juli. Wie das „Berl. Tagbl.“ hört, wird nicht das Reichsarbeitsministerium oder die Reichsministerien die Entschonung der Zivilbevölkerung vorsehen, sondern ein Reichskommissar mit weitgehenden, zum Teil diktorischen Vollmachten, und zwar provisorisch, vornehmlich zuerst im Osten, der durch die Vorgänge in Polen bedroht ist.

Blindungen in Mainz.

Mainz, 25. Juli. Dasas. Bei Kundgebungen gegen die Lebensmittelerhöhung wurden zahlreiche Kaufleute geblendet. Die Polizei mußte von der Waffe Gebrauch machen. 9 Polizisten und 6 Zivilisten wurden verletzt, 30 Verhaftungen wurden vorgenommen. Die französischen Truppen hielten die Ordnung wieder her. Die Polizei bedroht haben Annehmungen unter Androhung freugestrichelter Befragung verboten.

Frankreichs Kohlenforderung.

Von Otto Hüb.

Durch das Sabelraufen in Spa ist die Erörterung über die Kohlenfrage auf das falsche Gleis geschoben worden. Mit Bewußtsein lassen sich betamliche Wirtschaftsprobleme nicht lösen.

Ich stelle fest, es bestand in der deutschen Delegation keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß Frankreich Kohlenmangel groß sei und ihm abgeholfen werden müsse. Wieviel sofort aus den deutschen Gruben abge liefert werden könne, ohne Deutschland die Erfüllung der sonstigen Wiedergutmachungspflichten glattweg unmöglich zu machen, das war Gegenstand langwieriger Erörterung. Daß die sofort kategorisch geforderten 24 Mill. Tonnen mindestens monatlich nicht zu leisten seien, in diesem Punkte gab es zwischen den deutschen Sachverständigen gar keine Meinungsverschiedenheit, so sehr sie sich auch sonst, in der Beurteilung der Ursachen der jetzigen Situation und ihrer Konsequenzen, unterschieden.

Auch an dieser Stelle muß ich erklären, daß Frankreich selbst dann einen Anspruch auf unsere Kohlenzufuhr hätte, wenn Deutschland der militärische Sieger im Weltkrieg gewesen wäre. Das wichtigste französische Kohlenbeden wurde durch Kriegsvorgänge größtenteils bis auf weiteres fürderhin aufgehoben. Ob das, wie behauptet wird, nicht nur aus militärischen Gründen geschah, vermag ich als glücklicherweise militärischer Vate nicht zu beurteilen. Aus meiner Überzeugung als Sozialist im Kriegesende heraus trete ich für gegenseitige Hilfe der Reichs und Völker ein. Darum ist für mich die Frage der Kohlenversorgung Frankreichs nicht in erster Linie eine Frage des geschriebenen Völkerrechts, sondern des Rechts, das mit uns Menschen geboren wurde.

Frankreich hatte vor dem Kriege eine Kohlenförderung von 40 Millionen Tonnen, wovon 26 auf die beiden nordfranzösischen Kohlenbecken entfielen, in denen jahrelang verheerende Kriegshandlungen vorgenommen wurden. 20 Millionen Tonnen brauchte Frankreich jährlich als Kohlenimport, um seinen Gesamtbedarf zu decken. Der französische Förderanstall belief sich 1914/15, das Quantum von 1916 als Berechnungsbasis angenommen, auf etwa 74 Millionen Tonnen, fast eine doppelte Jahresförderung. Das ist relativ bedeutend mehr, als was Großbritannien und Deutschland während des Krieges im Förderanstall zu buchen hatte. Nimmt man hinzu, daß gleichzeitig die Einfuhr geringer als früher war, zieht man vor allen Dingen in Betracht, daß der Wiederaufbau des zerstörten Gebietes auch zu einem entsprechend größeren Kohlenverbrauch zwang, so ist das starke Kohlenbedürfnis Frankreichs verständlich. Von mir wurde uns nach Kräften und ohne Profilmacherei abgeholfen werden, auch wenn der Versailler Vertrag nicht bestände. Bei zahllosen Gelegenheiten habe ich dies vor deutschen Vertretern dargelegt und fand ihre Zustimmung. Wir wollen helfen, schon weil wir diese Hilfe als unsere Menschlichkeit anerkennen.

Darum ist in Spa an die Lösung der Kohlenfrage nicht von diesem Gesichtspunkt hergegangen worden? Weil immer noch der Wahnglaube besteht, durch das „Schwert“ alles machen zu können. Die Schwerdtläubigen scheinen gar nicht zu wissen, daß die Kohlenförderung in allen Gewinnungsgebieten, absolut oder auf pro Mann allein in Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Belgien in der Periode 1914 bis inkl. 1919 zusammen rund 520 Millionen Tonnen Steinkohlen weniger gefördert worden sind, als geförderbar wäre, wenn sich die Förderung auf den Stand von 1913 gehalten hätte. Dieses riesige Manko laftet nun auf der Volks- und Weltwirtschaft. Das „Schwert“ hat dies verursacht, kann es aber nicht fortbilden. Wir haben gehört, wie außerordentlich auch Österreich, Italien und die Schweiz unter Kohlennot leiden. Wir haben gehört, wie Holland nach Kohlen ruft, welche Phantastereien für amerikanische Kohle in Europa gezaubert werden. Wir wissen, daß in Großbritannien, Frankreich, Belgien, Deutschland, in der Tschechoslowakei und auch in den Vereinigten Staaten die betriebstechnischen Zechenrichtungen durch den langen Kriegsbetrieb ausgenutzt haben. Uns ist bekannt, daß die Bergarbeiterchaft in allen Ländern der durch die entfallende Anspannung während der Kriegsjahre das natürliche Bedürfnis einer kürzeren Arbeitszeit hat. Das sind ökonomische Tatsachen, die lebensfähiglos geprüft werden müssen. Das „Schwert“ kann diese Tatsachen nicht aus der Welt bannen. Indem man in Spa das „Schwert als Dolmetscher“ ausrief, konnte man wohl den militärischen Schwand vor ihrer Schwärze eines Diktats zwingen, aber die Lösung der internationalen Kohlenfrage ist unerörtern gebietet. Das aber ist außerordentlich beklagenswert in Hinblick auf das wirtschaftliche Elend, dem wir entgegengehen, keineswegs nur in dem gesagten Deutschland, wenn nicht schnellstens alle sachlichen Mittel zur Befreiung der internationalen Kohlennot ergriffen werden.

Der aufgezwungene Gelände.

Artikel 78 der Reichsverfassung befragt, daß die Pflichten der Beziehungen zu den auswärtigen Staaten ausschließlich Sache des Reiches ist. Nun hat Frankreich neben diesen Vorkäufte in Berlin noch einen nach München geschickt. Dieses Vorgehen hat in vielen Kreisen Verurteilung hervorgerufen, denn es wurde in Verbindung gebracht mit den separatistischen Bestrebungen, die im Westen und Süden Deutschlands immer noch vorhanden sind. Inzwischen hat nun der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Kahr den französischen Gesandten empfangen und dessen Beglaubigungsschreiben entgegengenommen.

Am Freitag voriger Woche nahm nun zu diesen Vorgehens der Ministerpräsident im bayerischen Landtage das Wort. Anschließend daran gab die sozialdemokratische Fraktion eine Erklärung ab, die unter anderem befragt, daß die Einsetzung eines bevollmächtigten Gesandten Frankreichs in München an den westlichen Kreisen der bayerischen Bevölkerung die lebhaftesten Befürchtungen hervorgerufen habe. Diese Befürchtung wurde verkräftigt durch die Worte, mit denen der französische Ministerpräsident Millerand in der französischen Kammer dieses Vorgehen seiner Regierung begründete. Unter dem Vorwand, die deutschen Stämme vor der preussischen Hegemonie schützen zu wollen, proklamierte Millerand die unverfüllte Absicht, über München und durch Bestimmung des bayerischen Volkes sich in die inneren Angelegenheiten der deutschen Republik einzumischen. Wir nehmen Kenntnis von der heutigen Erklärung des Ministerpräsidenten, daß Artikel 78 der Reichsverfassung nur für Bayern maßgebend sei. Wir beharren jedoch lebhaft, auf den Worten des Ministerpräsidenten nicht entschmen zu können, daß er bei dem Empfang des

Die Bergarbeiter — und man verpönte sie nicht — die Transportarbeiter sind die Mächte dazu, die Bestimmungen von Spa praktisch auszuführen. Ich kann getrost behaupten, daß diese Arbeiter ihr Bestes tun werden, um ihre Heimat vor dem Schicksal einer militärischen Exekution zu bewahren. Und die Regierungsvertreter in Spa haben ja nur unterschrieben, um nicht weitere Teile Deutschlands militärisch besetzen zu lassen. Das die Ausführung des Kohlenverkehrs ungehindert bergab- und transporttechnische Schwierigkeiten machen würde, auch sozialpolitisch gefährliche Komplikationen nach sich ziehen könnte, ist der Entente in Spa gefaßt worden. Die Situation ist also für Spa nicht weniger als für Deutschland ein Vorteil. Die Kohlenentnahme von 2 Millionen Tonnen monatlich unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen und Marschall Koch marschiert hierauf trotzdem in das rechtsrheinische Deutschland ein, dann kann das nicht anders als eine militärische Exekution gegen die Arbeiter, in erster Linie gegen die Bergarbeiter, aufgenommen werden!

Die Folge dieser Exekution wäre alles andere als eine Abhilfe der Kohlennot in West- und Südwesteuropa. Weil mir bekannt ist, wie dringlich Frankreich, wie Deutschland, Holland, Österreich, Italien, die Schweiz und Skandinavien der Kohle bedürftig sind, und weil ich in der Bedeutung des Ruhrgebietes für die zentralen Kohlenverkehrs-Verbindungen der internationalen Kohlennot erblickt, deshalb warnte und warne ich vor dieser militärischen Gewaltthat. Nichtsdesto weniger erkennen wir Sozialisten den Anbruch Frankreichs auf Kohlenstoffe an, ungeachtet des Verfallens der Verträge. Die Kohlennot in den anderen Ländern muß gleichfalls kräftig gemildert werden. Wir leiden alle miteinander. Darum soll man nun endlich das Schwert in die Scheide stecken und darin lassen. Um so besser wird es gelingen, die produktiven Kräfte wirksam zu machen für die gegenseitige Hilfe im Völkerbunde.

Waffenkunde in Braunschweig.

Vor Kurzem wurde die Öffentlichkeit durch Nachrichten über eine rote Armee in Braunschweig alarmiert. Die Nachricht wurde von der Landesregierung in Braunschweig energisch dementiert, und nun stellt sich heraus, daß doch verborgene Waffen in Braunschweig vorhanden sind. Allerdings sind sie nicht von Kommunisten, sondern von ihren Gegnern, den Kapitteln, versteckt worden. Eine Meldung lautet:

In dem Orte Frellstedt bei Braunschweig haben beim dortigen Führer der Einwohnerwehr Leute, die halb in Zivil und halb in Uniform gekleidet waren, drei Kisten ab, die von diesem mit Hilfe der Leute verpackt wurden. Polizeiliche Untersuchungen stellten fest, daß diese drei Kisten über 60 Gewehre enthielten. Der Mann wurde verhaftet. Die polizeiliche Untersuchung stellte weiter fest, daß in ganzen 84 Gewehre mit einem Kaliber von 7,62 mm in Zivil- und Uniform von Bekannten abgeholt worden waren. Diese Gewehre waren dem Kommandanten von Braunschweig, dem Hauptmann v. Trotha, als überflüssig gemeldet worden. Dieser hatte nämlich gesprächsweise zu einem früheren Zeitgenossen, einem Studenten der technischen Hochschule, davon gesprochen. Merkwürdigerweise befand sich dieser Student auch im Besitz einer Munitionskiste dieses Hauptmanns von Trotha. Er füllte sie mit andern Studenten auf die Zahl von 84 Gewehren aus, bekam auch merkwürdigerweise einen Passant der Firma Büsing, mit dem er vom Lagerhof der Braunschweiger Reichswehr-Kaserne nach Helmstedt kam, dort die Gewehre abholte und, wie gemeldet, in Frellstedt mit Hilfe der Einwohnerwehr vergraben wollte. Die Gewehre waren in vier Kisten verpackt, drei Kisten sind aufgefunden worden, wo die vierte ist, konnte bisher nicht festgestellt werden. Die merkwürdige Geschichte bedarf noch der völligen Aufklärung, besonders im Hinblick auf den Hauptmann v. Trotha, der schon während der Kampftage eine sehr zweifelhafte Rolle spielte, ebenso wie diese Studenten, die schon damals im freiwilligen Bataillon, das angeblich aufgelöst ist, organisiert waren.

Das ist eine niedliche Geschichte, die ein Gegenstück zu den Waffenkisten bei Hamburg bildet. Es ist doch merkwürdig, daß gerade in jenen Gegenden reaktionäre

Waffenlager entdeckt werden, aus denen Phantasie-meldungen über rote Armeen kommen. —

Politik in der Reichswehr.

Unser Königsberger Parteiorgan schreibt: Das Reichswehrkommando 1 läßt es sich angehen sein, seine Mannschaften in die wirtschaftlich schwierigen Verhältnisse einzuführen. Zu diesem Zweck sind zweckmäßige Kurse arrangiert worden und der Stundenplan dieser Veranstaltung gibt Aufklärung, in welchen Vorträgen sich über wirtschaftliche Bildungsunterstützung bewegt. Da spricht beispielsweise Herr Baumgarten Richter über die Macht der Presse, Herr Referendar Aude über die moderne Arbeiterfrage. Mehr Sachkenntnis dürfte Herr Reichswehrminister Westphal bei seinen Vorträgen über „Politische Schlagworte“ oder „Sozialisierung“ an den Tag legen. Immerhin kann man bei diesen Vorträgen, wie auch bei dem Vortrage des Herrn Rogalski über „Die Entwicklung und Bedeutung der politischen Parteien“ einen wirtschaftlichen Hintergrund an den Vorlesungen. Interessant und von eminent wirtschaftlicher Bedeutung muß auch Referat Sollaß Vortrag über „Die wirtschaftliche Bedeutung Altdeutschens“ mit besonderer Berücksichtigung der Handelskräfte sein. Sicherlich am lehrreichsten dürfte der Vortrag des deutsch-sozialistischen Tierarztes Herrn Frommer „Kapital und Arbeit“ sein. Dieser von Sachkenntnis durchdrungen nicht belastete Herr wird dann den erkrankten Hörern aus dem Flugblatt des „nationalen Sozialistenbundes“ (lies Bund der all-deutschen antilithischen Sozialisten) folgende geistreiche Auslassungen über Sozialismus und Sozialisierung vorlesen:

Was ist Sozialismus?

Der wahre Sinn des Begriffs Sozialismus ist ge- rechter Ausgleich zwischen Reichtum und Mangel. Der Sozialismus kann demnach nur von den Besitzenden erfüllt werden. Die sozialdemokratischen Forderungen können nicht erfüllt werden, da sie unantastlich sind und das Gemeinwohl der Menschheit (den Staat) bei gewaltsamer Durchföhrung aufheben und zerstören würden und sie deshalb unerfüllbar, weil sie die natürlichen Kräfte, die aus Religion und nationalem Empfinden (Volkstum) fließen, außer Acht lassen.“

Wirklich mehr kann das Reichswehrkommando für die Verblödung seiner Mannschaften kaum tun.

Inland.

Die deutsche Neutralität.

WZB. Berlin, 24. Juli. Von zutändiger Seite wird mitgeteilt: Deutschland hat seine Neutralität gegenüber Rußland und Polen erklärt. Maßgebend für das Verhalten der deutschen Regierung werden nur die allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts sein, da Deutschland und Rußland dem Völkerbunde nicht angehören. Hinsichtlich der Aus- und Durchfuhr von Waffen hat das Reichswehrkommando vom 1907 das die Quantitäten jeder Art Waffen über dem Staat freistellt, sie auch zu unterliegen. Der Friedensvertrag von Versailles zwingt Deutschland nicht zur Abweisung von der Neutralität. Zwar steht er den Friedensvertrag zwischen Deutschland und Rußland aus, stellt aber den Kriegszustand dadurch nicht wieder her (Artikel 116). Ausbändigung der von Deutschland abzuliefernden Waffen an Polen kann nicht verlangt werden, da die Waffen nach ausdrücklicher Bestimmung zerstört werden sollen (Artikel 169). Truppen-Durchfuhr der Alliierten durch deutsches Gebiet läßt nur zur Durchführung des Friedensvertrages vorgehen (Artikel 375), können also nicht zur Unterstützung Polens im Kriege gegen einen am Friedensvertrag unbeteiligten Staat vorgenommen werden.

Einführung lothringischer Munitionslieferungen.

Die Lieferung von lothringischer Munition an die rheinisch-westfälischen Stützwerke, die schon seit längerer Zeit händig verringert wurde, ist auf Veranlassung der französischen Regierung vollständig eingestellt worden. Aufheben soll dadurch ein Druck auf Deutschland ausgeübt werden, um eine stärkere Selbstversorgung zu erreichen. Die rheinisch-westfälischen Stützwerke sind gegenwärtig mit genügend Erz versehen, um die Selbstversorgung im bisherigen Umfang aufrecht zu er-

halten. Die Zufuhr von schwedischem Erz wird trotz des Streiks in Schweden weiter erfolgen können.

Die Sicherheitspolizei in Oberschlesien.

Wie die „P. P. N.“ aus Breslau erfahren, liegt eine Erklärung eines Mitgliedes der Interalliierten Kommission für Oberschlesien vor; danach ist zu erhellen, es nicht den Tatsachen, daß die Beamten der Sicherheitspolizei bereits in den nächsten Tagen Oberschlesien verlassen sollen. Wohl habe die Interalliierte Kommission für die Umorganisation der Sicherheitspolizei begonnen, jedoch seien die Maßnahmen noch nicht soweit geheißen, daß eine sofortige Räumung Oberschlesiens durch die Sicherheitspolizei in Frage komme. Für die nach den Vorschriften der Interalliierten Kommission neu einzurichtende Sicherheitspolizei Oberschlesiens werden die Kaserne in Lubitz als Unterquartiere benannt. Solange nicht die neuen Mannschaften, die für den Sicherheitsdienst in Oberschlesien bestimmt sind, ausgemittelt sind, bleiben die bisherigen Sicherheitsbeamten an ihren Posten. Die Zusammenfügung der neuen Sicherheitspolizei werde nicht streng nach dem Prinzip deutsch und polnisch durchgeführt, sondern es werde nur die Beherrschung der deutschen und der polnischen Sprache zur Bedingung gemacht.

Die Vertretung des Saargebietes.

Da die Bevölkerung des Saargebietes sich nicht an den Wahlen zum preussischen und bayerischen Landtag und an den Reichstagswahlen beteiligen darf, dagegen eine örtliche Vertretung für das Saargebiet vorgezogen ist, die von der Bevölkerung gewählt werden soll, haben sich die Vorkomitee der politischen Parteien an die Regierungskommission gewandt, um ihr die Wünsche der Saargebietbevölkerung zu unterbreiten. In der Eingabe wird für die Wahl der örtlichen Vertreter des Saargebietes als allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht vorgeschlagen. Die politischen Parteien sprechen den Wunsch aus, zu den vorbereitenden Besprechungen hinzugezogen zu werden.

Schleier aus Furcht vor der französischen Militärjustiz, in Paris, 24. Juli. Hat sich der Gattin und sächsische Wiegemeister Schneider, als er am Dienstag von dem bedeutend verhöferten Urteil gegen den Schlichter Kallenbach hörte, in der folgenden Nacht vergiftet. Schneider hatte auf eine ähnliche Frage bezüglich eines Urteils, das er in der Kommission eine ähnliche Verurteilung des Urteils. Schneider gehörte keine Partei an und war in höchst schlechter Lage. Die Erregung über diesen Fall ist in höchst außerordentlich groß.

Ausland.

Ausweisung aus Italien.

WZB. Rom, 24. Juli. Die italienische Regierung hat sämtliche Ausländer einer Ausweisungsbefehl zugestimmt, ausgenommen Schweizer. Reichsdeutsche wurden nur vereinzelt dort gesehen, der Grund der Maßregel ist nicht bekannt.

Schwierige Lage der Italiener in Albanien.

WZB. Rom, 24. Juli. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ aus Valona haben die Aufständischen auf ihrer ganzen Front angegriffen und die Drahtverbände durchbrochen können. Es gelang den italienischen Truppen ihre alte Linie wieder herzustellen und den Angreifern schwere Verluste zuzufügen.

Die Kämpfe in Syrien.

WZB. Beirut, 25. Juli. Die Haltung der scheinlichen Truppen hat General Gourand veranlaßt, sich den Weg nach Damaskus frei zu machen, dessen wichtiges Zielort heute vormittag besetzt sein dürfte. Am 22. Juli hatte General Gourand auf Verlangen des Emir Faisal den Vormarsch der Truppen eingestellt. Faisal erklärte, daß er seine Antwort auf das Ultimatum rechtzeitig abgegeben habe. Wenn es nicht zu der angegebenen Zeit eingetroffen sei, lies dies eine Folge von unvorhergesehenen Umständen. Der General nahm diese Erklärung an und stellte den Vormarsch der Truppen unter der Bedingung ein, daß die französischen Truppen nicht angegriffen würden. Trotzdem wurden die kleinen französischen Kolonnen von scheinlichen Truppen angegriffen. Infolge dieses Angriffes schlug die französische Südarmee die scheinlichen Truppen in die Flucht. Die Behörden von Damaskus sandten Vertreter in das französische Lager, die erklärten, daß kein Widerstand geleistet werden würde.

Romeo und Julia auf dem Dorfe.

Erzählung von Gottfried Keller.

(2. Fortsetzung.)

Am frühen Morgen hatten die Väter ihre Acker fertig gepflügt und in frischbraune braune Fläche umgewandelt. Als nun, mit der letzten Pflüge zu Ende gekommen, der Acker die einen halten wollte, rief sein Weiser: „Was hälst du? Acker? noch einmal um.“ „Wir sind ja fertig!“ sagte der Acker. „Gott's Maul und tu, wo ich dir sage!“ der Weiser. Und sie lebten un und rissen eine tüchtige Furche in den mittleren herrenlosen Acker hinein, daß Kraut und Stroh flogen. Der Bauer hielt sich aber nicht mit der Befestigung derselben auf, er mochte denken, hierzu sei noch Zeit genug vorhanden, und er begnügte sich, für heute die Sache nur aus dem Größten zu tun. So ging es auch die Höhe empor in sanften Bögen, und als man oben angelangt und das liebliche Wiesentälchen eben wieder den Kapuzenbüschel des Mannes zurückwarf, pfiffte auf der anderen Seite der Nachbar vorbei, mit dem Büffel nach vorn, und schmit ebenfalls eine ansehnliche Furche vom mittleren Acker, daß die Schollen nur so zur Seite flogen. Jeder sah wohl, was der andere tat, aber keine: schien es zu sehen, und sie entzweiten sich wieder, indem jedes Sternbild still am entfern vordringend und hinter diese runde Welt hinaustrat. So gehen die Weberschiffchen des Geschehens aneinander vorbei, und „was er weilt, das weiß kein Weber.“

Es kam eine Ernte um die andere, und jede sah die Kinder größer und schöner und den herrenlosen Acker schmaler zwischen seinen breit gewordenen Nachbarn. Mit jedem Hügel von der er hüben und drüben eine Furche, ohne daß ein Wort darüber gesprochen worden wäre und ohne daß ein Menschenauge den Frevel zu sehen schien. Die Steine wurden immer mehr zusammengebrängt und bildeten schon einen ordentlichen Grat auf der ganzen Länge des Ackers, und das wilde Gestrüch darauf war: schon so hoch, daß die Kinder, obgleich sie gewachsen waren, sich nicht mehr sehen konnten, wenn eines dies- und das andere jenseits ging. Denn sie gingen nun nicht mehr gemeinschaftlich auf das Feld, da

der zehnjährige Salomon oder Sali, wie er genannt wurde, sich schon wacker auf Seite der größeren Brüder und der Männer hielt; und das braune Grasden, obgleich es ein feines: Stroh war, mußte bereits unter der Obhut seines Geschickts gehen, sonst wäre es von den anderen als Rubenmädchen ausgehakt worden. Dennoch nahmen sie während jeder Ernte, wenn alles auf den Acker war, einmal Gelegenheit, den wilden Steinhaufen, der sie trennte, zu besorgen und sich gegenseitig von denselben herunterzuholen. Wenn sie auch sonst keinen Verkehr mehr miteinander hatten, so schien diese jährliche Zeremonie um so sorglicher gewahrt zu werden, als sonst nirgends die Felder ihrer Väter zusammenfielen.

Indessen sollte der Acker doch endlich verkauft und der Erbs eintrüben amlich aufgehoben werden. Die Verheirathung fand am Ort und die Leute freit, wo sie und sie mochten nun einen Ansehen zu dem Schlichtermeister ihrer Eigenschaften und behandeln ihn mit zarter Schu als einen Vorkläger des Lebens, der von den Göttern gesegnet ist, während ihnen zugleich noch der Mund wässert nach den Vorteilen, die er dabei gewinnt. Manz und Marti waren also die einsamen, welche ernstlich auf den Acker boten; nach einem ziemlich hartnäckigen Liebesriten erstand ihn Manz, und er wurde ihm zugehungen. Die Beamten und die Gaffer verloren sich vom Felde; die beiden Bauern, welche sich auf ihren Acker noch zu schaffen gemacht, trafen beim Begehren wieder zusammen, und Marti sagte: „Du wirst nun dein Land, das alte und das neue, wohl zusammenhängen und in zwei gleiche Stücke teilen? Ich hätte es weinge-

hens so gemacht, wenn ich das Ding bekommen hätte.“ „Ich werde es allerdings auch tun, antwortete er, denn ich bin ein Acker wacker, wie du bist, und ich bin. Doch was ich sagen wollte: Ich habe bemerkt, daß du neulich noch an unteren Ende dieses Ackers, der jetzt mir gehört, schön hineingefahren bist und ein gutes Dreieck abgegriffen hast. Du hast es vielleicht getan in der Meinung, du werdest das ganze Stück an dich bringen, und es sei dann soviel dein. Da es nun aber mir gehört, so wirst du wohl einsehen, daß ich eine solche ungebührliche Einkürzung nicht brauchen darf. Du wirst nun, und wirst nichts dagegen haben, wenn ich den Streich wieder grad mache! Streit wird das nicht abgeben lassen!“

Marti erwiderte ebenso kaltblütig, als ihn Manz angerede hatte: „Ich sehe auch nicht, wo Streit herkommen soll. Ich denke, du hast den Acker gekauft, wie er da ist, mit allem, was ich als Ackerwacker besessen, und er hat sich seit einer Stunde nicht um ein Haar verändert!“

„Variant!“ sagte Manz, „was früher gesehen, wollen wir nicht auführen, was aber zuviel ist, ist zuviel, und alles muß zuletzt eine ordentliche gerade Art haben; diese drei Acker sind von jeder so gerade nebeneinander gelegen, daß nach dem Nächsten gemessen; es ist ein ganz außerordentliches Spaß von dir, wenn du nun einen solchen lächerlichen und unvernünftigen Schindler dazwischen bringen willst, und beide würden einen Liebermann bekommen, wenn wir beide zusammen einen Acker besäßen.“

Marti antwortete und sagte: „Du hast ja auf einmal ein merkwürdiges Biest in dir selbst, der Beutel! Das biest ist aber ja wohl machen; mich geniert das Stämme gar nicht; ärgert es dich, od, so mach es wie grad, aber nicht auf meiner Seite, das ge' ich dir schriftlich, wenn du willst.“

„Nede doch nicht so haßhaft!“, sagte Manz, „es wird wohl grad gemacht, und zwar auf deiner Seite, darauf kannst du Gift nehmen!“

„Das werden wir ja sehen und erleben!“ sagte Marti, und beide Männer gingen auseinander, ohne sich weiter anzuhängen; vielmehr starrten sie nach verschiedener Richtung ins Blaue hinaus, als ob sie da wunder was für Werkwürdigkeiten im Auge hätten, die sie betrachten möchten mit Würdigung aller ihrer Bestreutheit.“

(Fortsetzung folgt.)

